

Parteien gegen Regulierung von Ferienwohnungen

Fraktionen widersprechen Dresdner Tourismusbranche

VON MARTIN FISCHER

DRESDEN. Die Parteien im Sächsischen Landtag sehen derzeit keinen Grund, die Vermietung von Privatwohnungen an Touristen über Internetportale einzuschränken. Eine Gefahr für den Wohnungsmarkt sei durch Plattformen wie Windu, Airbnb oder 9flats in Sachsen derzeit nicht zu erkennen, hieß es unisono aus den Fraktionen von CDU, Linken, SPD und Grünen. Die Dresdner Tourismuswirtschaft hatte in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden ein sogenanntes Zweckentfremdungsverbot für private Wohnungen nach Berliner Vorbild für den Freistaat gefordert und dabei auf Wettbewerbsnachteile, aber auch Gefahren für den Wohnungsmarkt verwiesen.

Neue Entwicklung als Chance für Sachsen

CDU-Fraktionschef Frank Kupfer äußerte zwar Verständnis für die Sorgen der Branche, verwies zugleich aber auf die Chancen der sogenannten „Sharing-Economy“. „Plattformen wie Airbnb stellen eine neue Form der Vermittlung von privaten und auch gewerblichen Angeboten dar. Darauf kann sich die sächsische Tourismuswirtschaft einstellen und in Folge profitieren.“ Der Fraktionschef der Linken, Rico Gebhardt, forderte die Branche auf, sich der Entwicklung zu stellen. „Sharing-Economy-Plattformen, über die Privatpersonen ihre Wohnungen anbieten, sind sehr attraktiv – vor allem für Touristen mit kleinem Geldbeutel“, betonte er. Auch ihnen müsse die Hotellerie attraktive Angebote machen. Die Forderung nach einem Verbot nannte er vorzeitig. „Ich bezweifle aber, dass es dem Tourismusverband Dresden tatsächlich um den Wohnungsmarkt geht.“

Sachsen sei nicht Berlin, meinte der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Albrecht Pallas. Erst wenn „in Größenordnungen Wohnraum kommerziell nur für Ferienwohnungen genutzt wird und damit dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht, müssen wir eingreifen“. Auch bei den Grünen könne man nicht erkennen, „dass die von den Hoteliers genannten Punkte tatsächlich Probleme in einer derartigen Größenordnung in Sachsen sind, dass der Gesetzgeber hier aktiv werden müsste“, sagte der Abgeordnete Wolfram Günther.

Hotellerie verlangt Chancengleichheit

„Es geht nicht darum, Airbnb und andere Portale einzuschränken. Es muss aber Wettbewerbsgleichheit zwischen den touristischen Anbietern herrschen“, sagte der Dresdner Tourismusverbandschef Johannes Lohmeyer, der das Schreiben an die Fraktionschefs mit Kollegen von der Dresdner Hotel-Allianz, der Dehoga Sachsen und vom Tourismusfachausschuss der IHK Dresden unterzeichnet hatte. Darin fordern sie auch eine Registrierung und Genehmigung für private Kurzzeitvermietungen und kritisierten mangelnde Sicherheits- und Hygienestandards in privaten Unterkünften. Das Argument, dass die geschätzt jährlich 300 000 über die Portale gebuchten Übernachtungen Dresdens Tourismusbranche auch Geld bringen, ließ Lohmeyer nicht gelten. „Die Touristen, die über die Portale buchen, buchen ja meistens Wohnungen, damit sie sich auch selbst versorgen können. Deshalb glaube ich nicht, dass diese Gäste den anderen touristischen Dienstleistern wirklich viel bringen. Das sind ja auch nicht die klassischen Semperoper-Besucher.“

Landtagsmitglied aus Familienpartei raus

ERFURT. Gut vier Monate nach seinem Eintritt in die Familienpartei ist in Thüringen der fraktionslose Landtagsabgeordnete Siegfried Gentele aus der Partei ausgeschlossen worden. Der Bundesvorstand habe vom Vetorecht gegen eine Aufnahme Gebrauch gemacht, bestätigte Gentele Referent einen Bericht der Thüringer Allgemeinen. Gentele gehörte seit Mitte März der Familienpartei an. Der Abgeordnete zog über die AfD in den Landtag ein, trat aber wegen Meinungsverschiedenheiten aus der Partei aus. Danach war Gentele für mehrere Monate Mitglied der von der AfD abgespaltenen Partei Alfa.

Flucht mit einem Zwei-Meter-Teppich

HALLE. In Halle hat ein Mann mit einem gestohlenen Motorrad einen gut zwei Meter langen Teppich transportiert und ist dann vor der Polizei geflohen. Die Beamten wollten den Fahrer mit der ungewöhnlichen Ladung gestern Morgen kontrollieren. Das Fahrzeug hatte auch kein Kennzeichen, wie die Polizei mitteilte. Der Mann gab daraufhin Gas. Auf der Flucht versuchte er, das Polizeiauto auszubremsen, stieß aber dagegen und stürzte. Der Mann flüchtete zu Fuß weiter. Auch ein Fährtenhund konnte ihn nicht ausfindig machen. Das Motorrad war vor Tagen als gestohlen gemeldet worden.

Plattenbauten im Osten – erst beliebt, dann verpönt, jetzt wieder im Kommen

In Leipzig-Grünau, Berlin-Marzahn und Halle-Neustadt wollen immer mehr Menschen wohnen

VON CHRISTINE KEILHOLZ

LEIPZIG. Leipziger Zustände würden sich andere Kommunen im Osten wünschen: Nirgendwo sonst boomt der Grundstücksmarkt so wie in der Messestadt. 2015 stiegen die Grundstücksverkäufe um 14 Prozent. Der Zuström an Neubürgern ist seit Jahren ungebrochen. Mit 550 000 Einwohnern aktuell hat Leipzig die Landeshauptstadt Dresden überholt.

Der Bedarf an Wohnungen weckt neue Hoffnungen für die lange so verpönten Plattenbau-Quartiere. Als vor 40 Jahren die ersten Wohnkomplexe im Stadtteil Grünau entstanden, brauchte Leipzig dringend hochwertigen Wohnraum. „In diese Situation laufen wir jetzt wieder rein“, sagt Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Sogar die Großwohnsiedlung Grünau, einst die zweitgrößte der DDR, zieht wieder mehr junge Leute an.

Plattenbauten galten lange als Relikte eines überholten sozialistischen Einheitswohnens. Dabei lässt sich gerade an dieser städtebaulichen Konfiguration gut erkennen, wie sich die Wohn-Wünsche

Die Binnenbewertung dieser Wohnform ist anders als die Außenbewertung.

Christine Hannemann
Universität Stuttgart

”

über die Jahre ändern. „Alle Untersuchungen haben immer gezeigt, dass die Binnenbewertung anders ist als die Außenbewertung dieser Wohnform“, sagt Christine Hannemann vom Institut Wohnen und Entwerfen der Universität Stuttgart. In den neunziger Jahren sei die Platte stark verunglimpft worden. „Man hat damals einfach die Negativbewertung von westdeutschen Siedlungen den ostdeutschen übergestülpt.“

Nicht ganz zu Unrecht. Zwar bieten die Großsiedlungen bezahlbare, gepflegte Wohnungen mit guter Verkehrsanbindung und viel Grün drumherum. Trotzdem warnen Wohnsoziologen vor



Bezahlbare Wohnungen, gute Verkehrsanbindung und viel Grün drumherum: Wie die anderen in der DDR entstandenen Großsiedlungen erfreut sich der Stadtteil Grünau im Leipziger Westen wieder einer steigenden Beliebtheit.

Foto: André Kempner

dem eindimensionalen Wohnen im monotonen Umfeld. Studien haben gezeigt, dass es dort, wo viele Menschen mit gleichen Voraussetzungen, gleichem Alter und ähnlichen Jobs zusammen wohnen, schlicht an Vielfalt fehlt. Allerdings, wo der Wohnungsmarkt prekär ist, dort kann die Platte ihr Revival erleben. „Es ist letztlich die einzig mögliche Form, in relativ kurzer Zeit bezahlbare Wohnungen zu bauen“, sagt Hannemann.

Das lässt sich auch in Berlin-Marzahn beobachten, die einstige Nummer 1 der sozialistischen Großwohnsiedlungen. Seit dem Jahr 2009 wächst die Bevölkerung des Bezirks und auch der Großsiedlung

wieder – in den vergangenen Jahren insbesondere auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen. Jetzt wird wieder gebaut in Marzahn, insbesondere Schulen und Kindergärten.

Jahrelang suchte die Bezirksverwaltung ihr Heil im Ausdünnen und Rückbauen, was der Bund mit dem Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ großzügig bezuschusste. In Marzahn traf die Abrissbirne seit dem Jahr 2002 mehr als 4500 Wohnungen und 140 Infrastrukturstandorte. Leipzig-Grünau wurde auf die gleiche Weise etwa 8000 Wohnungen los, in denen niemand mehr wohnen wollte. Denn von den 80 000 Grünauern Mitte

der achtziger Jahre waren nur noch 40 000 geblieben.

Am dramatischsten wirkte sich die Abrisspolitik in Halle-Neustadt aus. 40 Millionen an Fördermitteln flossen seit den neunziger Jahren in das Projekt, die drittgrößte Platten-Stadt der DDR wieder attraktiv zu machen. Die Großwohnsiedlung, die die umliegenden Chemiekombinate mit Arbeitern versorgte, verlor nach der Wende die Hälfte ihrer 90 000 Einwohner. Die Folge war ein Rückbau von den Rändern her. Von einstmals 35 500 Wohnungen mussten 5000 weichen. Doch auch in Halle geht die Bevölkerungskurve wieder nach oben.

Feuerwehr-Nachwuchs bleibt oft nicht dran

Viele Jugendliche wechseln nicht zur aktiven Truppe

VON SIMONA BLOCK

DRESDEN. Entgegen dem allgemeinen Trend fehlt es den 966 Jugendfeuerwehren in Sachsen nicht an Nachwuchs. „Da sieht es grundsätzlich sehr gut aus“, sagte gestern der Sprecher des Landesfeuerwehrverbandes, Ramón Arnold. Seit dem Jahr 2009 steige die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich dafür interessieren, stetig. Und mit der Absenkung des Eintrittsalters von bisher acht auf fünf Jahre hat vor allem die „Bambini“-Feuerwehr seit Jahresbeginn großen Zulauf.

Laut dem Innenministerium hatten die Jugendfeuerwehren Ende 2015 ungefähr 12 500 Mitglieder – gut 400 mehr als im Jahr zuvor. Ein Viertel davon waren Mädchen, jedes zehnte acht Jahre oder jünger. Vor allem die Kampagne „Helden gesucht“ hat sich ausgezahlt, denn 2008 lag der Mitgliederstand bei unter 10 000. Laut Arnold erleben seit Jahresbeginn Kinderfeuerwehren vor allem auf dem Land einen Boom. „Es kommen mehr, als wir erwartet haben.“ So formierten sich einzelne Gruppen in kurzer Zeit mit bis zu 20 Kindern. „Einer in der Kita zieht meist zwei hinterher.“

Probleme macht laut Arnold allerdings der Übergang zur aktiven Wehr, für die Jugendliche erst mit 16 Jahren eingesetzt werden dürfen. Oft trennen sich die Wege – wegen der Ausbildung oder anderer Interessen der Jugendlichen. „Die Lücken sind in strukturschwachen Regionen wie Oberlausitz oder Erzgebirge sehr groß.“ 2015 wechselte laut Innenministerium mit knapp 760 Jugendlichen nur etwa die Hälfte der über 16-jährigen in Freiwillige Feuerwehren – weniger als in den Vorjahren. „Die demografischen Auswirkungen sind spürbar.“

Jugendfeuerwehren sind die wichtigste Nachwuchsquelle für den Beruf. „Sie leisten ausgezeichnete Arbeit“, sagte Innenstaatssekretär Michael Wilhelm. Die Jugendlichen übernehmen Verantwortung, lernen Teamfähigkeit und stärken ihren Gemeinsinn, so Wilhelm. Und sie lernen früh die Grundlagen des Brandschutzes und das richtige Verhalten bei Feuer – und erklärten es ihren Eltern, sagt Arnold. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werde mit Blick auf die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren immer wichtiger.

„Notstand haben wir noch nicht“, sagte Arnold. Aber es werde immer schwieriger, den Dienst tagsüber aufrechtzuerhalten, wenn viele der Helfer bei der Arbeit oder an anderen Orten sind. Denn die Zahl der aktiven Feuerwehrangehörigen stagniert seit Jahren oder ist sogar leicht rückläufig. Vom Jahr 2014 bis 2015 sank sie von mehr als 44 000 auf rund 42 800, während die Zahl aller Feuerwehrangehörigen von rund 64 150 auf mehr als 65 300 stieg – wegen des Übertritts in die Alters- und Ehrenabteilung mit Erreichen des 67. Lebensjahres.

Der Freistaat hat die finanzielle Unterstützung der Jugendfeuerwehr im Vergleich zu 2010 im Vorjahr fast verdoppelt – auf 600 000 Euro jährlich. Zudem erhalten die Gemeinden 20 Euro pro Mitglied und es gibt eine kostenlose Ausbildungswoche im Jahr. Der Verband wünschte sich, dass mehr Unternehmen Kameraden als Lehrlinge einstellen sowie einen besseren gesetzlichen Schutz für Feuerwehrleute. „Sie werden immer häufiger bei Einsätzen angegriffen, verbal und auch körperlich“, berichtete Arnold. „Nicht nur zu Silvester, sondern auch bei Bränden in Flüchtlingsheimen.“



Die Jugendfeuerwehren können über fehlenden Nachwuchs nicht klagen. Doch wenn der Wechsel in den aktiven Dienst ansteht, machen viele Jugendliche Schluss – wegen Ausbildungsstellen oder anderer Interessen.

Foto: dpa

Thüringen plant mehr Kursplätze für Flüchtlinge

Regierung will dadurch die Sprachförderung verbessern

ERFURT. In Thüringen sollen mehr Flüchtlinge Plätze in Lernkursen bekommen als bisher. Bedarf sehe sie für Menschen im Asylverfahren, die keine gute Bleibeperspektive hätten, sagte gestern die Migrationsbeauftragte Mirjam Kruppa. „Da mangelt es an Sprach- und Integrationskursen.“ Die Regierung verspricht in ihrem Integrationskonzept eine bessere Sprachförderung. So solle jedem in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund „der bedarfsgerechte Spracherwerb möglich werden“.

Vor allem Afghanen sollen von der Bildungsoffensive des Landes profitieren. „Sie haben immer noch lange Asylverfahren.“ Lücken in Angeboten sieht die Migrationsbeauftragte bei Jugendlichen, die nicht mehr unter die Schulpflicht fallen. Das betreffe meist junge Flüchtlinge, die 16 Jahre und älter seien und eine geringe oder gar keine Schulbildung hätten. „Den 18-Jährigen kann man schlecht in die zweite Klasse tun, wenn er nur ein Jahr in der Schule war. Das passt natürlich nicht“, so Kruppa.

Nach ihrer Auffassung muss es für solche Flüchtlinge spezielle Kurse geben. „Da müsste teilweise eine Alphabetisierung stattfinden.“ Diese Jugendlichen könnten ohne Schulbildung nicht in den Sprachklassen an Berufsschulen unterrichtet werden. „Es fehlt außerdem an den Sprachkursen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die fast 18 sind.“

KURZ GEMELDET

Auf vierspuriger Straße mit dem Rollator unterwegs

SAALFELD. Einen nicht ganz ungefährlichen Ausflug hat der Bewohner eines Pflegeheims in Thüringen unternommen. Der 76 Jahre alte Mann war laut der Polizei am Sonnabend mit seinem Rollator auf der Bundesstraße 88 zwischen Rudolstadt und Saalfeld unterwegs. Mehrere Autofahrer hatten die Polizei darüber informiert, dass der Rentner die vierspurige Strecke nutzte. Die Polizei nahm ihn schließlich mit und brachte ihn laut eigenen Angaben wohlbehaltend in sein Pflegeheim zurück. Wohin der Mann wollte und weshalb er ausgerechnet die Bundesstraße nutzte, konnten die Beamten nicht in Erfahrung bringen.

Anzeige

DIESES LAND
HAT MIR SCHUTZ
GEGEBEN.

JETZT SCHÜTZEN
WIR ES
GEMEINSAM.

INTEGRATION, DIE ALLEN HILFT.

DEUTSCHLAND KANN DAS.

Die Bundesregierung

Volker Patzwaldt bildet Abdul Amir zum ehrenamtlichen Katastrophenhelfer aus. Für den jungen Syrer ist das THW in Viernheim (Hessen) zur Familie geworden. Später will er sein Können beim Wiederaufbau Syriens nutzen. Die Bundesregierung finanziert das Integrationsprojekt. Erfahren Sie mehr darüber und über das neue Integrationsgesetz:

www.deutschland-kann-das.de